

Unabhängige Patientenberatung im Zwielficht

DGVT fordert umfassende Information der Öffentlichkeit und Garantien für die Unabhängigkeit der UPD

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hat den gesetzlichen Auftrag, unabhängig, neutral und auf Basis wissenschaftlich überprüfter Daten und aktueller Erkenntnisse zu Themen aus den Bereichen Gesundheit, Gesundheits- und Sozialrecht zu informieren und zu beraten. Das Angebot steht allen Interessierten offen und ist kostenfrei. Dafür erhält die UPD jährlich Fördergelder in Höhe von neun Millionen Euro vom Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen.

Aufgebaut wurde die UPD in gemeinsamer Trägerschaft des Verbunds unabhängige Patientenberatung VuP e.V., des Sozialverbands VdK und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Bei einer Neuausschreibung im Jahr 2015 erhielten dann nicht mehr diese Verbände den Zuschlag für die Fortführung der UPD ab dem 1. Januar 2016, sondern das Callcenter Sanvartis aus Duisburg, das unter anderem auch für Unternehmen der Pharmaindustrie und für Krankenkassen tätig war. Die damalige Entscheidung, die auf rein wirtschaftlichen Kriterien basierte, wurde von Sozialverbänden, aber auch von SPD und Grünen und der Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) heftig kritisiert. Mehrere Mitglieder des UPD-Beirats legten damals ihre Mandate nieder, weil sie die Unabhängigkeit der Beratung für gefährdet hielten.

Solchen Bedenken wurde damals mit umfangreichen Vereinbarungen entgegengetreten, welche die Unabhängigkeit der UPD garantieren sollten. Zugleich wurden Verbesserungen bei der Erreichbarkeit und der Beratungsqualität der UPD versprochen. Doch jetzt kommen erneut Zweifel daran auf, dass die UPD ausschließlich dem Wohl der Patient*innen verpflichtet ist: Die Tageszeitung „Junge Welt“ hatte berichtet, dass die UPD an den Pharmadienstleister Careforce verkauft worden sei – klammheimlich und ohne jede Information der Öffentlichkeit.

Der Verbund unabhängige Patientenberatung (VuP) schreibt in einer Stellungnahme: „Die UPD ist käuflich, unabhängige Patientenberatung wird zur Farce, private Investoren bereichern sich an Fördergeldern für die Patientenberatung und die Gemeinnützigkeit der UPD steht in Frage.“ Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, erklärte: „Dieses Rundgeschiebe und Tricksen bei dubiosen Zahlungsströmen bei gleichzeitigen Mängeln in der Beratung zeigt: eine wirkliche Unabhängige Patientenberatung gehört nicht in die Hand der Gewinnwirtschaft, sondern unter die Regie der Zivilgesellschaft.“ Und Vera Bentele, Präsidentin des VdK, kritisiert: „Die fehlende Transparenz beim nun im Raum stehenden Wechsel sehen wir extrem kritisch, denn die Careforce GmbH ist ein Personal- und Vertriebsdienstleister für die pharmazeutische Industrie. Das lässt sich nicht mit dem Konzept einer unabhängigen und neutralen Beratungsstelle vereinbaren.“

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) schließt sich der Forderung nach einer umfassenden und umfassenden Aufklärung an. Patient*innen dürfen nicht im Unklaren darüber gelassen werden, mit wem sie es zu tun haben, wenn sie sich an die UPD wenden. „Dies ist nicht nur ein Gebot der Transparenz, auch im Umgang mit öffentlichen Geldern, sondern auch die Voraussetzung dafür, dass eine unabhängige Patientenberatung überhaupt funktionieren kann. Denn diese basiert auf dem Vertrauen und neutrale und unabhängige Beratung“, sagt DGVT-Vorstandsmitglied Judith Schild.

Dass die Trägerschaft der UPD vor zwei Jahren an ein privatwirtschaftliches Unternehmen gegangen ist, erweist sich nach Auffassung der DGVT nun erneut als Kardinalfehler. Wirtschaftliche Interessen und der Wunsch von Patient*innen nach unabhängiger Unterstützung gerade auch in Konfliktfällen mit Ärzt*innen, Krankenhäusern und Krankenkassen lassen sich nicht miteinander vereinbaren. Deshalb sind auch die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, die Regelungen für eine künftige Trägerschaft der UPD, die sich in der Vergangenheit als sehr positiv agierende Beratungsorganisation bewährt hatte, zu überprüfen und im Interesse der Betroffenen neu zu organisieren.

Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V.

Tübingen, 31. August 2018